TÜRKİYE RIGHTS & JUSTICE BULLETIN

Weekly Human Rights & Justice Developments in Turkey

CROSSBORDER JURISTS

Ausgabe 9 | Datum 16. - 22. November **24.11.2026**

Als Teil unserer Mission zur Verteidigung von Recht und Menschenrechten verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich Recht und Menschenrechte in der Türkei aufmerksam. Im Rahmen dieser Arbeit veröffentlichen wir jede Woche einen Newsletter, der die Zusammenfassung der vergangenen Woche dokumentiert/archiviert.

WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN UND INHAFTIERUNGEN

20. November: Nach Angaben des Innenministeriums wurden nach der Festnahme von 83 Personen bei zehntägigen Razzien in 28 Provinzen 47 Personen wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung gerichtlich inhaftiert.

VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

17. November: In İzmit wurde eine Anklageschrift gegen zwei Universitätsstudenten wegen „Anstiftung zur Begehung einer Straftat“, weil sie Flugblätter mit der Forderung nach dem Rücktritt von Bildungsminister Yusuf Tekin verteilt hatten, vom Gericht angenommen; die erste Verhandlung findet am 15. Juni 2027 statt.

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

16. November: Der DEM-Abgeordnete Ömer Faruk Gergerlioğlu wurde in einem Verfahren wegen seiner Parlamentsreden zum Putschversuch von 2016 zur Zahlung von 150.000 Türkischen Lira Schadensersatz an Verteidigungsminister Yaşar Güler verurteilt.

17. November: Sözcü TV und die zugehörige Nachrichtenwebsite wurden per Gerichtsbeschluss unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt; Führungskräfte wurden im Rahmen von Ermittlungen zu noch nicht gerichtlich geklärten finanziellen Vorwürfen von der Polizei festgenommen.

18. November: Das 2. Friedensstrafgericht in Ankara sperrte den Zugang zu sechs Berichten von BirGün, Evrensel, 12punto, dokuz8haber, Doğru Haber und İlke TV über die Strafanzeige des Justizministers gegen den oppositionellen Abgeordneten Ahmet Şık.

19. November: Der BirGün-Journalist İsmail Arı wurde im Prozess wegen seiner Beiträge zu einem Investmentfonds-Skandal vom Gericht freigesprochen; nach rund 29 Tagen Untersuchungshaft wurde seine Freilassung angeordnet.

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ UND RECHTSSTAATLICHKEIT

17. November: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ordnete die Freilassung des inhaftierten oppositionellen Abgeordneten Can Atalay an und stellte fest, dass seine fortgesetzte Inhaftierung sowie die Maßnahmen gegen seinen Abgeordnetenstatus gegen die Konvention verstoßen.

18. November: Der Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu und acht weitere Personen wurden von einem Gericht in Ankara wegen Vorwürfen von Wahlunregelmäßigkeiten beim CHP-Parteitag 2023 zu zwei Jahren und einem Monat Haft verurteilt und mit einem Politikverbot belegt; drei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen die Urteile kann Berufung eingelegt werden.

19. November: Die Annullierung des Universitätsdiploms des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu wurde von einem Verwaltungsgericht in einem gesonderten Verfahren, das seine Wählbarkeit für das Präsidentenamt betrifft, bestätigt; seine Anwälte erklärten, das Urteil sei noch nicht offiziell zugestellt worden.

KURDISCHE MINDERHEIT

16. November: Die kurdische Journalistin Rabia Önver wurde von einem Gericht wegen ihrer Social-Media-Beiträge im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Tätigkeit und öffentlichen Kommentaren zu einer 18-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt.

19. November: Experten der Vereinten Nationen forderten die Türkei auf, rechtsstaatliche Garantien und Rechenschaftspflichten bei den Regelungen zum Friedensprozess mit der PKK zu stärken.

HAFTBEDINGUNGEN

20. November: Das Stadtkrankenhaus Kayseri erstellte ein Gutachten, wonach die schwerkranke Gefangene Evin Zapsu aus medizinischer Sicht nicht haftfähig ist; nach Angaben der Familie eines anderen Gefangenen wurde das Gutachten zur gerichtsmedizinischen Prüfung weitergeleitet.

20. November: Die Behörden wurden aufgefordert, den 73-jährigen Islamwissenschaftler Mustafa Özönder, der wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung inhaftiert ist, aufgrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustands freizulassen.

20. November: Nach neu veröffentlichten Zahlen befinden sich 5.121 Kinder im Alter von 12 bis 17 Jahren in türkischen Haftanstalten, davon 3.809 in Untersuchungshaft und 1.312 als Verurteilte, wie berichtet wurde.

20. November: Der Ehemann von Şükran Yıldız berichtete, dass sie trotz Nervenschmerzen und psychischer Probleme im Gefängnis von Alanya in Einzelhaft gehalten wird; das Berufungsverfahren gegen ihre Verurteilung wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung läuft.

FOLTER UND MISSHANDLUNG

19. November: Yusuf Ahmet Özçiçek berichtete , er sei am 8. November in Istanbul von Polizisten geschlagen, bedroht und zur Löschung der Aufnahmen gezwungen worden, als er Polizeigewalt gegen eine andere Person filmen wollte; nach dem Vorfall wurde Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

FRAUENRECHTE

17. November: Ein Mann, der im Februar 2025 seine Ex-Frau mit einem Messer verletzt hatte, wurde von einem Gericht in Kocaeli zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt und aus der Haft entlassen.

21. November: Laut einer Umfrage der Türkischen Journalistengewerkschaft (TGS) gaben 70,9 Prozent der befragten Journalistinnen an, geschlechtsspezifische Diskriminierung erlebt zu haben, wie berichtet wurde; die Teilnehmerinnen wiesen zudem auf Hürden bei der Meldung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz hin.

RECHTE FÜR SEXUELLE ORIENTIERUNG UND GESCHLECHTSIDENTITÄT

20. November: In Adana wurden bei einer verbotenen Versammlung im Zusammenhang mit LGBTI+-Rechten und Protesten im Vorfeld des 25. November rund neun Personen von der Polizei festgenommen; in einem Bericht vom 21. November erklärte ein Anwalt, dass einer festgenommenen Person beim Polizeieinsatz die Hand gebrochen worden sei.

Bei der Erstellung dieses Bulletins wurde auf das

wöchentliche Bulletin von https://solidaritywithothers.com/ zurückgegriffen.